

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nr. 39-42

Erscheint Sonntags. Bezugspreis monatlich 20 Pf. mit Buchbinder-Schlüssel für Postbezugs. Beilegung bei allen Postämtern.

Berlin, den 14. Oktober 1923

Verlagsschleife: Berlin G. 2, Postleitz. 89 IV. Fernruf: Zentrum 272. Anzeigen werden nicht aufgenommen.

39. Jahrgang

## An unsere Postabonnenten.

Durch Rundschreiben des Postzeitungsamts sind wir genötigt, vom 1. Oktober ab eine andere Abonnementberechnung vorzunehmen. Von diesem Tage ab beträgt daher der Bezugspreis für die „Buchbinder-Zeitung“ pro Monat 20 Pf. mit Buchbinder-Schlüsselzahl.

Ein regelmäßiges Erscheinen der Zeitung, insbesondere in früherer Umfang, ist für absehbare Zeit jedoch nicht möglich.

Verlag und Redaktion.

## Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Neue Zahlstellen des Verbandes sind mit unserer Zustimmung am 1. Oktober 1923 erreicht im Gau Thüringen: in Neustadt bei Coburg und in Ohrdruf.

2. Die Beitragsbeiträge sind in nachstehend aufgeführten Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt: Burg, B. Magdeburg, Deimold, Eisenberg, Erfurt, Fulda, Gräfenthal, Guben, Ludenwalde, Mannheim-Ludwigshafen, Mühlheim, Schmalko und Sonneberg. Die zur Erhebung kommenden Beiträge werden von den Ortsverwaltungen in geeigneter Weise bekanntgegeben.

3. Von der „Betriebsräte-Zeitung“ des ADGB und der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ können vor allen Gau- und Ortsverwaltungen nur noch je ein Exemplar unentgeltlich liegen. Sofern davon auf Abonnement bestellte Exemplare bisher ebenfalls von uns geliefert sind, ersuchen wir, diese Zeitungen für die Folge entweder bei der Post oder beim Ortsausfuss des ADGB zu bestellen.

4. Desentliche Rüge. Der Kollege Billv Zbiele in Berlin (W. Nr. 44748) hat seine Plüchlein als Verbandsmitglied dadurch verlegt, daß er unmittelbar nach Austritt aus einem Arbeitsverhältnis unter Umgehung des Arbeitsnachweises neue Stellung suchte und antrat, während andere Kollegen im Arbeitsnachweis vergeblich auf Arbeit warteten. Er hat sich dann auch noch gewiegert, sein Verhalten vor dem Arbeitsnachweis-Ausschuss zu rechtfertigen.

Es wird dem Kollegen Zbiele wegen dieser großen Verletzung der ihm durch die Organisation auferlegten Verpflichtungen, hiermit eine scharfe öffentliche Rüge erteilt.

Der Verbandsvorstand.

## Bittere Wahrheiten.

Die folgenschweren Ereignisse der letzten Wochen haben blüßscharf mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, vor welcher schweren Gefahren die Arbeiterschaft gegenwärtig steht und verlangen gebieterisch von ihr, noch im letzten Augenblick höchster Gefahr alle Kräfte zu sammeln, um der sich schon als Siegerin fühlenden Reaktion Herr zu werden. Daß Gefahr im höchsten Berzuge stand, mußte der Arbeiterschaft wieder besonders klar werden durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und von Kahrs Ernennung zum Generalkonsul für Bayern. Angeblich durch Bayerns Vorgehen und um der dortigen Verhältnisse Herr zu werden, folgte dann auf dem Fuße die Verhängung des Belagerungszustandes über das ganze Reich, Uebertragung der vollziehenden Gewalt auf den Reichswehrminister und offizielle Warnung der Regierung vor Putsch. Um die Allgemeinheit nicht lange über den neuen Kurs im Zweifel zu lassen, verbot man in Sachsen der Reichswehr das Lesen des Dresdener Parteiblattes. In Bayern wurde der sozialdemokratische Selbstschutz aufgelöst, in Nordbayern ein Parteiblatt verboten und für ganz Bayern ein Kommunistengesetz erlassen, das ebenso wie das Sozialistengesetz schandwürdigen Angebens den Druck, Verkauf und die Verbreitung kommunistischer Schriften unter schwere Strafe stellt. Rechtsradikale Blätter, die man zum Schein der Unparteilichkeit ebenfalls verbot, erscheinen dagegen unbekümmert weiter. Auch in

Preußen wurden einige kommunistische Zeitungen verboten und, um dem ganzen die Krone aufzusetzen, dem bekannnten, durchaus republikanisch gesinnten Polizieroberst Schüßinger verboten, in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung in Magdeburg zu sprechen.

Daneben wurde im Parlament wie in der Regierung, geheim und offen, eifrig gegen die Arbeiterschaft Stellung genommen, auf die Notwendigkeit der Arbeitszeitverlängerung zwecks Produktionssteigerung hingewiesen und trotz des allgemein überaus niedrigen Lohnniveaus der Arbeiterschaft sowohl vom Reichswirtschaftsminister v. Kaumer wie dem Reichsanwalt Stresemann die Behauptung aufgestellt, daß die Löhne vielfach über den Friedenslöhnen liegen. Diese vage Behauptung wurde selbstverständlich vom ADGB mit der notwendigen Schärfe entschieden zurückgewiesen.

Der entscheidende Schlag gegen die Arbeiterschaft sollte dann zweifellos mit Hilfe des sogenannten Ermächtigungsgesetzes geführt werden, durch welches der Reichstag für längere Zeit sich selbst ausgeschaltet hätte und dem Kabinett unumschränkte Gewalt geben sollte. Nicht bloß finanz-, sondern auch sozialpolitische Maßnahmen sollten in den Bereich der kommenden Diktatur gestellt werden, wobei man dann allzu vorzeitig die Karten aufdeckte und offen die Preisgabe des Achtstundentages forderte. Hingzu kam weiter das brutale Hinausdrängen mißliebiger Kabinettsmitglieder durch Stinnes Beauftragte, so daß man nach diesen Vorbereitungen endlich auf Ganze ging und am 3. Oktober das ganze Kabinett und die vielgeprüfene Große Koalition hochfliegen ließ. Wenige Tage vor der Sprengung soll nach der „Germania“ eine Konferenz bei Stinnes stattgefunden haben, in der bereits die Liste für ein kleines Kabinett mit diktatorischer Vollmacht aufgestellt worden ist, in dem Hefferich Finanzminister und ein bekannter Generalführer sein sollte. Daß man an diesem Plan festhält, hat Graf Westarp jetzt im Reichstag offen zugegeben. Unmittelbar nach der Kabinettsprengung verhandelte dann derselbe Herr Stinnes nochmals, aber vorläufig vergeblich, mit den Deutschnationalen zwecks Zusammengehens. Herr Stresemann aber, dessen offene Gegnerschaft zum Achtstundentag sein Kabinett eben zu Fall gebracht hatte, wurde desentwegen nicht wiederum mit der Kabinettsbildung beauftragt. Er bemühte sich dann zunächst um ein mehr unpolitisches Kabinett. Als aber mittlerweile die Bemühungen seines Fraktionskollegen Stinnes um offenen Anschluß nach rechts ergebnislos verlaufen waren, bemühte er sich wiederum um den soeben erst aufgegebenen Anschluß nach links; und, man sollte es kaum für möglich halten — er fand ihn auch. Herr Winow, der Stinnesdirektor und Diktator, kommt also ebenso wie Herr Hefferich vorläufig für die Rechtsdiktatur noch nicht in Frage. Sie halten offenbar ihre Zeit noch nicht für gekommen und wollen noch einige Wochen oder Monate warten, bis die Vorarbeiten vervollständigt sind. Daher durfte die Sozialdemokratie nochmals in Gnaden aufgenommen werden. Und die Partei hat, ohne daß ihr die Jornerstraße ins Gesicht stieg, dankend akzeptiert und scheint sogar noch stolz ob ihres Erfolges zu sein.

Bei der großen Masse der Parteigenossen findet jedoch dieser Schritt der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wenig Gegenliebe. Es erscheint ihr unfassbar, daß die Fraktion nicht mehr Selbstachtung zeigte. Angesichts der standstilligen Behandlung bei der Regierungskrise und der dabei zutage tretenden schweren Gefahren für die Arbeiterschaft hätte die

letzte erwarten dürfen, daß sie zum entscheidenden Kampf aufgerufen wird. Denn darüber wird sich wohl selbst jeder Anhänger der Großen Koalition klar sein, daß durch die Wiederaufnahme der Sozialdemokraten in die Regierung die Gefahren nicht geboben, sondern nur verschoben sind. Wenn man wenigstens noch eine leise Hoffnung hegen dürfte, daß die Fraktion durch ein energisches Vorgehen diese Gefahren mehr bannen würde. Diese Hoffnung ist aber leider ganz trügerisch. Denn die Tätigkeit der Partei während der letzten vier Jahre zeigt fast eine ununterbrochene Kette von Mißerfolgen und Zurückdrängen. So gut wie nichts ist geschehen, um die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern; dagegen unendlich viel, wodurch ihre Lage verschlechtert worden ist. Noch immer ist es die Arbeiterschaft allein, auf deren Schultern eine ungeheure Steuerlast liegt, während Industrie, Handel und Landwirtschaft sich davon zu drücken verstanden. Und die Arbeiterschaft ist es, der allein noch ein ganz geringer Papiermarklohn für ihrer Hände Arbeit zuteil wird, während Industrie und Landwirtschaft sich ihre Produkte in Goldwährung zahlen lassen, und zwar in Beträgen, die oft weit über den Weltmarktpreis hinausgehen. In der unerhörtesten Weise macht sich ein Preiswucher breit, der von den Grundbesitzern und Kartellen und last not least von den Agrariern strupplos betrieben wird. Es ist ganz ungerechtfertigt, daß unsere erhebliche Lebensmittelproduktion nach dem Dollarkurs bewertet wird. Und es ist ein geradezu zum Himmel stinkender Skandal und eine öffentliche Gefahr, daß neben den Preisen für Kohle, Holz, Eisen und Textilien und den industriellen Rohprodukten zahlreiche Lebensmittel weit über dem Weltmarktpreis stehen. Jetzt endlich findet auch der Reichskanzler mal scharfe Worte gegen dieser unerhörten Wucher und droht mit gesetzgeberischen Maßnahmen. Als ob wir diese nicht schon hinreichend hätten. Wir haben doch Wucherergerichte; haben eine Wucherpolizei und Wuchergerichte. Nur geht es ihnen wie allen Institutionen der Republik, daß man sie verläßt und ihnen ein Schnippchen schlägt. Die Partei hat aber neben vielen anderen Gebieten gerade auf diesem wichtigen Gebiet der Lohn- und Ernährungsfrage vollständig versagt und es ist wirklich kein Wunder, wenn die Massen anfangen, an ihr irre zu werden. Was ist das für eine Parteileitung, die angesichts größerer Feuerungswellen in den letzten Jahren die Hände resigniert in den Schoß legte und nichts Besseres zu tun wußte, als die Massen an die Gewerkschaften zu verweisen, die durch Lohnbewegungen zumachen sollten, was sie durch passives Verhalten kündigte.

Das Volk schreit nach Arbeit — man schließt die Betriebe und läßt verkürrt arbeiten!

Das Volk schreit nach Brot — man veräußert die Lebensmittel bis ins Unendliche!

Das Volk schreit nach einer gerechteren Entlohnung — man bietet ihm wertlose Papierfetzen mit astronomischen Zahlen bedruckt!

Überall Steine statt Brot!

Und die Partei steht rat- und tatenlos dieser trostlosen Situation gegenüber und scheint das ganze gar nicht mal allzu tragisch zu nehmen. Denn andernfalls dürfte es wohl nicht vorkommen, daß bei den folgenschweren Abstimmungen der letzten Tage von 173 Abgeordneten 59, also ein starkes Drittel fehlten. In Bayern ist der trodene Putsch so gut wie gelungen. Wären Sachsen und Thüringen nicht als starke proletarische Bollwerke zwischen Bayern und Preußen gelegen, dann würden heute auch bei uns schon die Hitlerbanden triumphieren. Es ist die höchste Zeit,

daß die Partei das Steuer nach links hinüberwirft und konsequenter die Rechte der Arbeiterschaft vertritt. Die Arbeiterschaft will keine Politik des Fortwärtens mehr, sie will endlich Lagen sehen. Sie ist es müde, Schritt für Schritt zurückgebracht zu werden und vom Unternehmertum sich wieder vollends unterdrücken zu lassen. Aus der gefunden und sicheren Erkenntnis heraus, daß nur in dem ehrliehen, gemeinsamen Handeln die Überwindung der großen Gefahr möglich ist, hat man in Sachsen und Thüringen bereits die Arbeiterschaft von der K.P. bis zur W.P. und den gewerkschaftlichen Verbänden zu einem geschlossenen Ganzen vereinigt. Die Leitung der K.P. Groß-Thüringens hat beschlossen, mit der W.P. in die Regierung einzutreten und ebenso hat man in Chemnitz eine gemeinsame Abwehrfront gebildet. Das ist der beste erfolgversprechende Weg zur Überwindung der Gefahr. Deshalb sollten wir überall dem Beispiele Sachsens und Thüringens folgen. Sorge jeder ernstlich und schnell dafür, daß durch die Einheitsfront die uns drohenden Gefahren beseitigt werden, ehe es zu spät ist.

**Graphischer Bund.**

An die graphische Arbeiterschaft!  
An die Betriebsräte!

Die allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage Deutschlands hat auch eine wachsende Bedrängnis der Arbeiterbewegung und insbesondere der Gewerkschaften heraufbeschworen. Diese Bedrängnis führt gerade in dem Augenblick, da die schärfsten Gegner der Arbeiterklasse zum verhärteten Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft aufrufen, zu einer Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Macht und zu einem Abbau der gewerkschaftlichen Einrichtungen und Kampfmittel. Für die Öffentlichkeit tritt diese gegenrevolutionäre Entwicklung durch den Rückgang der Arbeiter- und Gewerkschaftspresse besonders augenfällig in die Erscheinung.

Es ist in der graphischen Bundeszeitung wiederholt auf die arbeiterfeindlichen Absichten des Unternehmertums hingewiesen worden, um auf die Gefahren rechtzeitig aufmerksam zu machen. Selbst der wirtschaftliche Niedergang mußte den Arbeiterfeinden die Mittel zur Betämpfung der Arbeiterbewegung liefern. Zunächst hat die Geldentwertung Formen angenommen, die jede rechtmäßige Voraussicht nahezu unmöglich machen. Den Gewerkschaften sind damit die Kampfmittel entwertet und teilweise entzogen worden. Diese Entwicklung hat zu gewaltigen Einschränkungen der gesamten Arbeiterpresse geführt. Die Vorstände der graphischen Gewerkschaften gelangten unter dem Druck dieser Verhältnisse am 3. Oktober zu dem Beschluß, das Erscheinen der graphischen Bundes- und Betriebsrätezeitung einzustellen, um so die vorhandenen Mittel den Aufgaben zuwenden zu können, die sie zur Erhaltung der Organisationen für unbedingt notwendig hielten. Mit der Septembernummer ist somit die letzte Nummer des „Graphischen Bundes“ herausgekommen, der zum ersten Male im Mai 1921 erschien. Schon diese letzte Nummer zeigte deutliche Krisenzeichen und konnte nur noch vierseitig erscheinen. Das gemeinsame Organ, das den Funktionären und Betriebsräten in dem Streben nach Fortschritt und Wissen ein Führer und Wegweiser war, hat zu bestehen aufgehört. Ob es wieder aufleben wird, steht dahin. Es steht auch dahin, welche neuen Einrichtungen später an die Stelle der jetzt aufgegebenen treten werden.

Kollegen! Nicht wehleidig beklagen wollen wir diese rückläufige Entwicklung, nicht die Hoffnungen aufgeben, die sich an diese Einrichtungen knüpfen, sondern eilig und geschlossen zusammenstehen in der Verteidigung unserer Organisationen. Das Blatt wendet sich einmal wieder, es kommen so sicher wieder Zeiten der machtvollen Aufwärtsentwicklung für die deutsche Arbeiterklasse, wie auf den Winter der Frühling folgt. Dann gilt es wieder aufzubauen und Einrichtungen zu schaffen, die fester begründet und erfolgversprechender sein müssen als die heute aufgegebenen. Die graphische Arbeiterschaft weiß, was sie will, sie läßt sich auch durch vorübergehende Rückschläge nicht beirren.

Der graphische Bund wird auch weiterhin bestrebt sein, die ihm obliegenden Pflichten zum Wohle der Berufsangehörigen der graphischen Verbände zu erfüllen.

Vorwärts trotz alledem!  
Es lebe der Zusammenschlußgedanke!  
Berlin, den 8. Oktober 1923.

Friedrich Prischow.

**Unser letzten Lohnabkommen.**

Zeit dem Erscheinen der letzten Zeitung mußten naturgemäß infolge der rapiden Geldentwertung und Steigerung der Lebenshaltung für jede Woche neue Lohnabkommen abgeschlossen werden. Aber selbst diese kurzen wöchentlichen Lohnabschlüsse erwiesen sich schon als zu lang, weil von einem Tage zum anderen Preissteigerungen von 50, ja 100 Proz. keine Seltenheit sind und die Unternehmer halbhartig eine Verächtigung der in folgender Lohnwoche zu erwartenden Preissteigerungen ablehnen. Zieht man sich daher die bereits in die Milliarden gehenden Löhne näher an und vergleicht sie mit den Steigerungen der Warenpreise, so zeigt sich leider immer wieder, daß die Arbeiterschaft mit jeder weiteren Steigerung der Papiermarklöhne in immer härterem Maße um den Ertrag ihrer Hände Arbeit betrogen wird. Wie verhängnislos das Unternehmertum der Not der Arbeiterschaft gegenübersteht, beweist die Tatsache, daß eine ganze Reihe unserer Lohnabkommen erst durch Schiedspruch des Reichsarbeitsamts erreicht wurde.

Von den Lohnabkommen selbst können wir leider im Nachstehenden nur die Spitzenlöhne für die letzten Wochen angeben.

Die mit dem Kpi im September abgeschlossenen Lohnabkommen ergaben folgende Spitzenlöhne pro Stunde in tausend Mark:

Woche vom	Gehilfen	Arbeiterinnen
6. bis 12. September	1 681	1 051
13. " 19. "	5 400	3 375
20. " 26. "	15 228	9 518
27. Sept. bis 3. Okt.	30 000	18 750
4. bis 10. Oktober	50 000	31 250

Mit dem B D B ergaben die letzten drei Lohnabkommen folgende Spitzenlöhne pro Stunde in tausend Mark:

Woche vom	Gehilfen	Arbeiterinnen	Stoffzuschlag
13. bis 19. September	5 304	3 315	118 128 000 Proz.
20. " 26. "	15 382	9 614	342 570 000 "
27. Sept. bis 3. Okt.	30 000	18 750	669 308 000 "

Für die Woche vom 4. bis 10. Oktober mußten die Verhandlungen wieder mal ergebnislos abgebrochen und das Reichsarbeitsministerium angerufen werden, das am 9. Oktober zusammentritt.

Für die Kartonnagen-Industrie brachten die letzten Lohnabschlüsse folgende Spitzenlöhne pro Stunde in tausend Mark:

Woche vom	Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Facharbeiterinnen	Hilfsarbeiterinnen
14. bis 20. September	5 400	4 968	3 405	3 257
21. " 27. "	15 300	14 076	9 670	9 187
28. Sept. bis 4. Okt.	30 000	27 600	18 963	18 015
5. bis 11. Oktober	51 000	46 920	32 240	30 628

Mit der Etuisindustrie konnte nur bis zur dritten September-Lohnwoche ein Lohnabkommen getroffen werden, das in der I. Ortsklasse folgende Spitzenlöhne in 1000 Mk. ergab:

Woche vom	Facharbeiter	Hilfsarbeiter	Facharbeiterinnen	Hilfsarbeiterinnen
10. bis 16. September	2183	2008	1358	1290
17. " 23. "	6155	5662	3830	3639

Für Berlin ergaben sich für die vorgenannte Woche Spitzenlöhne von 2250, 2070, 1415 bzw. 1344 tausend Mark; für die letztere Woche solche von 6345, 5837, 3990 und 3791 tausend Mark.

Für die besten weiteren Lohnwochen vom 24. bis 30. September bzw. 1. bis 7. Oktober konnte bisher noch keine Einigung erzielt werden. Das Reichsarbeitsministerium, welches nach erfolgloser Verhandlung angerufen wurde, schickte am 1. Oktober einen Schiedspruch, nach welchem es den Spitzenlohn für die Woche vom 23. bis 30. September auf 19 Millionen Mark pro Stunde festsetzte. Für die Woche vom 1. bis 7. Oktober sollte dann dieser Spitzenlohn um den Prozentsatz sich erhöhen, wie der Reichsindex für die Lebenshaltung gestiegen ist, hätte also 27 Millionen Mark betragen. Weil der Spruch also ganz unzureichende Spitzenlöhne ergab, ist er von uns abgelehnt worden.

In der Wella p p e n -Industrie ergaben die Verhandlungen folgende Spitzenlöhne pro Stunde in 1000 Mark:

Woche vom	Arbeiter	Arbeiterinnen
6.-12. 9.	1 685	1 079
13.-19. 9.	5 339	3 399
20.-26. 9.	15 056	9 585
27. 9.-3. 10.	29 660	18 882

Weitere Verhandlungen finden am 9. Oktober statt.

Soweit für die vorstehenden Lohnabkommen ein bestimmter Rechnungsschlüssel festliegt, kann die Kollegenchaft an der Hand der Spitzenlöhne sich leicht selbst die weiteren Löhne errechnen. Im übrigen verweisen wir nochmals darauf, daß alle Verwaltungsstellen über weitere Lohnfragen erschöpfende Auskunft geben können.

**Bekanntmachung.**

Im Reichsstarif für Buchdruckerbuchbinder ist auf Seite 6 in der 9. Zeile ein Druckfehler enthalten. Es muß bei den letzten Gehilfen unter Rifer 1) anstatt: nach dem vierten Gehilfenjahr und über 25 Jahre alt heißen: nach dem vierten Gehilfenjahr und über 24 Jahre alt.  
Deutscher Buchdrucker-Verein.  
gez. H. Heinemann, gez. Dr. Woelfel.  
Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands, gez. Haeuser.  
Graphischer Zentralverband, gez. A. Hornbach.

**Tariffündigung.**

Unser Reichsstarif für Buchdruckerbuchbinder, welcher vom 1. Juli d. J. ab mit dem Deutschen Buchdrucker-Verein abgeschlossen worden war, ist von dem letzteren zum 31. Dezember gekündigt worden. In der Hauptsache ist dies wohl darauf zurückzuführen, daß die Prinzipale auch den Deutschen Buchdruckerstarif zum gleichen Termin gekündigt haben und freie Hand behalten wollen, auch unseren Tarif nach den eventuellen Änderungen des Buchdruckerstarifs zu revidieren.

**Berichtigung zum Berechnungsschlüssel für den Apitarif.**

In der Veröffentlichung des Berechnungsschlüssels zum Apitarif in Nummer 37/38 der „Buchbinder-Zeitung“ sind in dem Abschnitt für „Ungerahnte Arbeiter“ grobe Druckfehler enthalten, die wir hiermit berichtigen.

Dem Spitzenlohn der gelernten Buchbinder erhalten ungelernete Arbeiter, die nicht sachgewerbliche Arbeiten verrichten, sofern Tarife für sie nicht bestehen:

	leib. verheiratet	Witw.	Witw.
b) über 24 Jahre alt und mindestens ein Jahr in denselben Betriebe	85	90	
g) über 21 Jahre alt und mindestens ein Jahr in denselben Betriebe	82½	87½	
f) im Alter von über 21 Jahren	80	85	
e) " " 20 bis 21 Jahren	75	80	
d) " " 19 " 20 "	65	77½	
c) " " 18 " 19 "	55		
b) " " 16 " 18 "	42½		
a) " " 14 " 16 "	33½		

**Internationale Buchbinder-Konferenz.**

Die Repräsentantenschaftskommission der Internationalen Buchbinder-Föderation tagte am 28. und 29. September in Basel und nahm zunächst den Bericht des Sekretärs entgegen, der in der Hauptsache die Beziehungen der einzelnen Organisationen zueinander betraf. In der Tagesordnung steht noch immer nicht die Verschmelzung erörtert. Der Zusammenschluß zu Industriearbeiterorganisationen soll möglichst gefördert werden. Mit Rücksicht auf die deutsche Währungsnotlage wurde eine Hilfsaktion für unseren Verband beschlossen. Ferner wurde eine Enquete bezgl. Arbeitslosigkeit beschlossen. Die Verhandlungen waren vom besten solidarischem Geist befeuert und zeigten erneut die dringend notwendige internationale Zusammenarbeit.

**Internationale Solidarität.**

Infolge des Beschlusses der Repräsentantenschaftskommission der Intern. Buchbinder-Föderation bringt unser Schweizer Bruderorgan bereits einen Aufruf des Internationalen Sekretariats, zugunsten des deutschen Verbandes einen einmaligen Extrabeitrag in Höhe eines halben bis zu einem ganzen Stundenlohn zu leisten und die Beträge dem deutschen Verbande direkt zu übermitteln.

Wir können mit Vergnügen feststellen, daß diesem Aufruf kaum nach Erscheinen der Zeitung bereits Folge geleistet worden ist und die ersten Beträge aus der Schweiz schon bei uns eingegangen sind.

**Adressenänderungen**

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
- Doll (Büro): B. und K. H. Trillingen, Hauptstr. 74.
- Danzig: B. und K. A. Geratz, Langgarter Dintergasse 3.
- Erfurt: B. F. Fink, Klaberstr. 30. K. H. Keller, Löhwegstr. 33 I.
- Großhain i. Sa.: B. G. Gebhardt, Neuherr Dresdener Str. 14 II. K. H. Bauer, Berliner Str. 20 II.
- Hirschberg: B. und K. G. Hölze, Sand 16.
- Kottbus: B. G. Ehrke, Schulstr. 4. K. E. Rampter, Burgstr. 40.
- Kriegensattel: B. und K. R. Eisel, Löbbergasse 11.
- Limburg: B. und K. J. Baumann, Kohnstr. 18.
- Mühlhausen i. Th.: B. und K. G. Bauer, Wilhelmstraße 4.
- Neustadt bei Coburg: B. A. Anoth, Markt. 2.
- K. G. Ehrlicher, Altkreuzstr. 12.
- Odenburg i. O.: B. J. Müller. Alle Sendungen sind zu adressieren an den Kassierer H. Kaper, Reitenstr. 7.
- Ohreuth: B. O. Hüger, Waldstr. 63. K. P. Rothnagel.
- Saarbrücken: B. J. Pfeifer, Viktorstr. 32 II. K. H. Müller, Dübener Str. 12 II.
- Torgau: B. F. Eiß, Kasernestr. 2. K. A. Hoff, Wäckerstr. 8.
- Wieslau: B. M. Hauser, Postfachweg 18a. K. H. Schmitz, Hammerstr. 23 I.